



Presseerklärung 26.01.2006

Erwerbslosen Forum Deutschland  
c/o Martin Behrsing  
Schickgasse 3  
53117 Bonn  
Ruf 0228 249 55 94  
Fax 01805 039000 3946

Gemeinsame Presseerklärung von „Erwerbslosen Forum Deutschland, Bonn und der Versammlung der sozialen Bewegungen (Aufruf und Erstunterzeichner im Anschluss an die Pressemitteilung)

## **Bundesweite Großdemonstration der sozialen Bewegungen Auftakt der Proteste gegen die Politik der großen Koalition am 25. März in Berlin: „Schluss mit den ‚Reformen‘ gegen uns!“**

**Mit einer bundesweiten Großdemonstration soll nach dem Willen der sozialen Bewegungen eine Runde der die Sozialproteste gegen die Politik der großen Koalition auf neuer Stufe eingeläutet werden. Dies wurde am 20. 01. 2006 auf dem Folgetreffen der Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen in Köln beschlossen. Das Motto der Großdemonstration steht dabei unter dem Zeichen: Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg!**

Angesichts der anstehenden Massenentlassungen in Großbetrieben und den durch die große Koalition angekündigten weiteren Einschnitten in die soziale Absicherung waren sich die Vertreter der Sozialen Bewegungen mehrheitlich einig, dass man nicht weiter abwarten könne und schon jetzt damit beginnen müsse, Proteste und Widerstand gegen die Politik der großen Koalition einzuleiten. Schon jetzt wäre klar, dass ca. 500.000 ALG-II-Empfänger überprüft werden und dass man damit rechne, dass ca. 250.000 Menschen zum Umzug aufgefordert werden, obwohl der Wohnraum nicht vorhanden sei. Auch die bevorstehenden Massenentlassungen, die mit Begriffen wie „Entlassungsproduktivität“ positiv besetzt werden sollen, wären deutliche Zeichen dafür, dass die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht funktioniert und es europaweit einer Abkehr von der bisherigen neoliberalen Globalisierungspolitik bedarf.

Zu allererst steht die Mobilisierung zur Großdemonstration am 11.02.2006 gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie in Straßburg an, um die Zerstörung des europäischen Sozialmodells zu mit aller Kraft zu verhindern. Danach soll in Deutschland ein deutliches Zeichen gesetzt werden muss, da deutsche Regierungen bisher die treibende Kraft für den Abschied von europäischer Sozialpolitik waren. Hartz IV, Agenda 2010 und die „Bolkesteinrichtlinie“ seien die konsequente Umsetzung der im Jahr 2000 in Lissabon beschlossenen Richtlinien, des "Stabilitäts- und Wachstumspaktes". Diese hätten nicht zum Abbau von Arbeitslosigkeit und mehr sozialem Wohlstand beigetragen, sondern zu explodierenden Gewinnen und weiteren Steuererleichterungen für Großkonzerne geführt. Die geplante Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre und der Ausbau von Kombilöhnen würden die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander klaffen lassen. Hinzu käme, dass Erwerbslose einer schikanösen Kontrolle unterworfen werden, bei erwerbslosen jungen Erwachsenen sollen die Unterhaltsverpflichtungen der Eltern ausgedehnt und die Rentenversicherungsbeiträge von Alg II-Beziehenden sollen halbiert werden. Der soziale Friede sei damit ernsthaft in Gefahr, und viele Betroffene würden die „Reformen gegen sie“ nicht mehr hinnehmen. Durch die Großdemo und weiter anhaltende Proteste – auch während der Fußballweltmeisterschaft – solle die Bundesregierung zur Abkehr von ihrer beschlossenen Politik bewegt werden.

Mit großer Sorge wurde die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Innern betrachtet. Durch umfassende Kontrolle und Überwachung sowie die Verletzung der Persönlichkeitsrechte werde so ein weiteres Drohpotential hinzugefügt. Gleichzeitig beteilige sich die Bundesregierung an den massiven Kriegsdrohungen gegenüber dem Iran bis hin zur Akzeptanz eines atomaren Einsatzes. Damit würde



## Presseerklärung 26.01.2006

die Militarisierung der Weltpolitik unter dem Vorwand des "Antiterrorkrieges" fortgesetzt. Dem soll erbitterter Widerstand entgegengesetzt werden.

Die Versammlung der sozialen Bewegungen ruft deshalb alle Gruppierungen der sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften, die Sozialverbände, die Kirchen, die Linkspartei, die WASG, die Friedensbewegungen, die Umweltgruppen- und Verbände, die Immigrantenorganisationen, jede/n couragierte/n Bürger/in auf, die Forderungen und den Widerstand zu unterstützen. Es würde eine radikale Wende hin zu einer menschlichen, sozialen und solidarischen Gesellschaft benötigt.

Weitere Infos erhalten Sie unter: <http://www.erwerbslosenforum.de>

Pressekontakt  
Erwerbslosen Forum Deutschland  
Martin Behrsing  
Schickgasse 3  
53117 Bonn

Ruf: 0228 2495594  
Mobil: 0160 99278357  
Fax: 01805 039000 3946  
[redaktion@erwerbslosenforum.de](mailto:redaktion@erwerbslosenforum.de)  
<http://www.erwerbslosenforum.de>

**Anbei der Aufruf und Erstunterzeichner zur Großdemonstration :**

**Schluss mit den "Reformen" gegen uns!  
Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung  
und Krieg!**

**Aufruf zur Großdemonstration am 25. März 2006 in Berlin.**

Die deutschen Regierungen sind seit Jahren treibende Motoren in Europa, um Massenentlassungen, Verarmung, Abbau sozialer Grundrechte, Arbeitnehmerrechte zugunsten der Profitinteressen der europäischen Konzerne voranzutreiben.

Sei es die Verabschiedung des "Stabilitäts- und Wachstumspaktes" (Lissabon 2000) auf europäischer Ebene, oder sei es die Verabschiedung der "Agenda 2010" mit den Hartz-Gesetzen auf nationaler Ebene -; überall wird das Ziel verfolgt, den größten Sozialabbau seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchzuführen.

In Deutschland soll dies nach dem Willen des Kapitals u.a. mit der systematischen Absenkung der Löhne um bis zu 30 % und der entsprechenden Absenkung der Arbeitslosenunterstützung erreicht werden.

Die Große Koalition aus Union und SPD plant eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre und den Ausbau von Kombilöhnen. Gleichzeitig sollen Erwerbslose einer schikanösen Kontrolle unterworfen werden, bei erwerbslosen jungen Erwachsenen werden die Unterhaltverpflichtungen der Eltern ausgedehnt und die Rentenversicherungsbeiträge von Alg II-Beziehenden werden halbiert. Damit die Gewinnsteuern weiter gesenkt werden können, soll die Mehrwertsteuer erhöht werden. Öffentliche Ausgaben für Bildung, eine soziale und kulturelle Infrastruktur werden weiter in den Keller gehen.

Wenn es darum geht, Profite zu maximieren, werden der Abbau demokratischer Rechte, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung von Millionen sowie ökologische Katastrophen bewusst in Kauf genommen. **Dagegen wehren wir uns!**



## Presseerklärung 26.01.2006

Wir sehen explodierende Gewinne bei Unternehmen, die gleichzeitig den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in ihren Bilanzen als Erfolg verzeichnen. **Dagegen wehren wir uns!**

Die österreichische Regierung, die zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft hat, will während ihrer Vorsitzzeit die EU-Dienstleistungsrichtlinie durchpeitschen und abgeschlossen haben. Dies wäre ein weiterer Meilenstein des neoliberalen Umbaus der EU. Insbesondere das "Herkunftslandprinzip" dieser sog. "Bolkesteinrichtlinie" würde zu einem grenzenlosen Dumping von Löhnen, sozialen und Umweltstandards führen. **Dagegen wehren wir uns!**

Mit großer Sorge verfolgen wir die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Umfassender Kontrolle und Überwachung sowie der Verletzung der Persönlichkeitsrechte wird so ein weiteres Drohpotential hinzugefügt.

Gleichzeitig beteiligt sich die Bundesregierung an den massiven Kriegsdrohungen gegenüber dem Iran bis hin zur Akzeptanz eines atomaren Einsatzes. Damit wird die Militarisierung der Weltpolitik unter dem Vorwand des "Antiterrorkrieges" fortgesetzt. **Dagegen wehren wir uns!**

**Wir fordern** den sofortigen **Stopp** der **Umverteilung von Unten nach oben**. Dies geht nur mit einer radikalen Abkehr von der bisherigen Sozial- und Wirtschaftspolitik, deshalb fordern wir konkret:

- Einen **gesetzlichen Mindestlohn** von wenigsten 10 EURO die Stunde
- Einführung einer **Grundsicherung** für alle Erwerbslosen, ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfungen. Im ersten Schritt **mindestes 500 €+ Unterkunftskosten**.
- **30 Stundenwoche** bei vollem Lohn und Personalausgleich, statt Arbeitszeitverlängerung!
- Die sofortige **Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-IV Gesetze. Keine Zwangsumzüge!**
- Ein **einheitliches und bedarfsgedecktes Gesundheits- und Sozialsystem**
- Einheitliche Sozialstandards auf hohem Niveau in ganz Europa
- Die sofortige Rücknahme aller Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Den **uneingeschränkten Zugang** zu und den Ausbau von **Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen** ohne Studiengebühren und Eliteuniversitäten.
- Den sofortigen Stopp der geplanten Privatisierungen öffentlichen Eigentums und der Sozialversicherungssysteme.
- **Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen.**
- **Stopp aller Kriegsvorbereitungen!**

Mit der Großdemonstration am 25.03.2005 knüpfen wir an die großen Mobilisierungen gegen den sozialen Kahlschlag der letzten 2 Jahre an.

**Wir wehren uns gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau innere Aufrüstung und Krieg am 25. März in Berlin!**

Köln, 20.01.2006

Die Versammlung der sozialen Bewegungen

Erstunterzeichner:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI), Erwerbslosen Forum Deutschland, Aktionsbündnis Sozialproteste, VertreterInnen der Gewerkschaftslinken, Labournet, Projekt Neue Linke, Anti-Kriegs-Bündnis Aachen, VertreterInnen verschiedener Montagsdemobündnisse, WASG-Gliederungen, Attac-Gliederungen, VertreterInnen von DIDF, Unabhängige Wählergruppe Gelsenkirchen, Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne.